

Büttelborn, den 07. Oktober 2004

Stellungnahme der GLB-Fraktion zur geplanten Anhebung der Kindergartengebühren in Büttelborn

Die Gemeindevertretung Büttelborn plant eine Erhöhung der Kindergartengebühren um durchschnittlich 18%. Basis für diesen Beschluß ist eine Festlegung der Gemeindevertretung aus früheren Jahren, den Elternanteil bei einem Viertel der Kosten festzuschreiben. Diese Kosten sind seit dem letzten Jahr aus verschiedenen Gründen gestiegen. Zum einen gab es im vergangenen Jahr einen erheblichen Rechenfehler der Verwaltung (Echo vom 17.09.2004), zum anderen sind wohl nicht so viele Kinder wie erwartet neu angemeldet worden, so daß sich die Kosten auf weniger Eltern verteilen. Ein weiterer Grund für die Kostensteigerung ist die erhöhte Gebäudeabschreibung infolge der Fertigstellung des Kinderhauses in Klein-Gerau und gestiegene Energiekosten in allen Kindergärten der Gemeinde.

Die GLB ist der Meinung, daß diese Steigerung zu hoch ist und wird ihr die Zustimmung verweigern. In einer Zeit, in der normale Arbeitnehmer von Lohnkürzungen, Fortfall von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie Angst um den Arbeitsplatz betroffen sind, ist eine solche drastische Gebührenerhöhung fehl am Platze. Die angesprochene Quote von 25% wurde in einer Zeit festgelegt, als die Arbeitnehmer noch mit regelmäßigen Einkommenserhöhungen rechnen konnten und keine Angst um den Arbeitsplatz haben mußten. In einer Zeit wie der heutigen muß dagegen politisch entschieden werden, dann kann die Politik nicht an einmal festgesetzten Pauschalberechnungen festhalten. Zudem können Berechnungsfehler der Verwaltung weder den Eltern, noch den Steuerzahlern angelastet werden. Dafür muß die Verwaltungsspitze den Kopf hinhalten. Zur Entlastung bei den Kosten schlägt die GLB die Aufnahme von Kindern unter 3 Jahren vor, um die zur Zeit nicht besetzten Plätze zu nutzen. Diese Maßnahme unterstützt auch das Bemühen junger Eltern, Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren zu können, indem jungen, gut ausgebildeten Frauen eine Chance für einen schnellen Wiedereinstieg in den Beruf ermöglicht wird. Für die Zukunft sollte darüber hinaus mehr Bescheidenheit bei Bauten und Personalausstattung eintreten. Die von Seiten der Verwaltung ins Felde geführte Begründung, früher habe das Kindergeld im Gegensatz zu heute nicht für einen Kindergartenplatz gereicht muß entschieden zurückgewiesen werden. Das Kindergeld wurde vom Gesetzgeber erhöht, um die finanzielle Situation von Familien mit Kindern zu verbessern und war nicht als Durchlaufposten in die Kassen der Städte und Gemeinden vorgesehen.

Einen Kompromiß sieht sie GLB in einer langsamen und stufenweisen Anhebung der Gebühren verteilt auf mehrere Jahre.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Frieder Engel
Fraktionsvorsitzender